

„... als seien sie Teil der Luxemburger Delegation“

Ein Gespräch mit Michel Delage, Journalist bei Radio 100,7, über europäische Berichterstattung in den Medien

EU-Politik gilt als abgehoben, technisch und ziemlich langweilig. Haben Sie es da schwer, Ihre Redaktion für europäische Themen zu interessieren?

Michel Delage: Eine Währung, die zu kippen droht, oder ein Bankgeheimnis, das zunehmend unter Beschuss gerät und die Luxemburger Politik zum Umdenken zwingt, finde ich nicht langweilig, sondern spannend. Die Pertinenz von Eurokrise, Bankenunion oder Zinsrichtlinie – Themen, mit denen ich mich in letzter Zeit vorwiegend beschäftigt habe – liegt, glaube ich, auf der Hand. Es stimmt schon, dass diese Themen etwas technisch sind, aber nicht völlig unzugänglich. In meiner Redaktion reißt man sich nicht gerade um sie, „verkaufen“ kann ich sie aber problemlos.

Ansonsten kann ich, beziehungsweise können meine Kollegen, jedes beliebige EU-Thema aufgreifen. Ab und zu muss man schon darauf hinweisen, dass „Europa“ nicht irgendwo im Ausland zu verorten ist, sondern eine Stufe des politischen Entscheidungsprozesses darstellt, die auch uns unmittelbar betrifft. Dazu muss ich sagen, dass EU-Politik nur ein Bruchteil meiner eigenen Arbeit für Radio 100,7 ist. Ich bin kein „Europaspezialist“, vielmehr sehe ich mich als „touche à tout“. Was die EU angeht, berichte ich hauptsächlich über die Sitzungen der Eurogruppe und des Rates für Wirtschaft und Finanzen (Ecofin), und fahre zu den Gipfeltreffen. Um die Außenminister und andere Ministerformationen kümmere ich mich sporadisch, sofern die respektiven Tagesordnungen Interessantes hergeben.

Seit einer Meinungsverschiedenheit mit der Luxemburger Anlaufstelle des Europaparlamentes (EP) fahre ich allerdings nicht mehr nach Straßburg. Man

muss wissen, dass das Parlament großzügig die Spesen Luxemburger Journalisten übernimmt. Als ich mich weigerte, gegenüber dem EP im Detail Rechenschaft über meine Arbeit abzulegen (mit dem Hinweis, dass meine Beiträge frei über Radio und Internet zugänglich seien), wurde mir die Rückerstattung der Spesen gestrichen. Die Sache wurde geregelt. Die Redaktion hat sich – unabhängig davon – vorerst dafür entschieden, nur bei Bedarf über das EP zu berichten. Wir haben da noch kein richtiges System der journalistischen Berichterstattung gefunden. Das ist sicher nicht ideal, da die EU-Abgeordneten seit dem Lissabonvertrag nicht mehr aus dem europäischen Entscheidungsprozess wegzudenken sind.

Der Europäische Gerichtshof, dessen Urteile von kapitaler Bedeutung sind, wird leider am meisten vernachlässigt. Was vielleicht am doch sehr technischen Charakter seiner Arbeiten liegt ...

Die zahlreichen Pressestellen der EU-Institutionen produzieren tagtäglich ein ungeheures Volumen an Informationsmaterial. Ist diese Kommunikationsmaschine für Ihre Arbeit eher von Nutzen oder von Nachteil?

M. D.: Diese Pressestellen, wie alle anderen auch, liefern kein „Informationsmaterial“, sondern Kommunikationsmaterial, das darauf abzielt, die befürworteten Politiken zu rechtfertigen: Auflistung großer Ziele, die zu erreichen natürlich nur von Vorteil ist; ausgewählte „Fakten“, die die Richtigkeit der jeweiligen Vorhaben untermauern sollen usw. Ein Berufsjournalist sollte in der Lage sein, die Spreu vom Weizen zu trennen und sich gezielt auszusuchen, was er für seine Arbeit braucht. Das kann manchmal sehr mühselig sein, dafür wird man aber schließlich

Luxemburger Journalisten tendieren dazu, die Regierung in Schutz zu nehmen, So als hätten sie die Positionen ihrer Regierung gegenüber einem ausländischen Publikum zu verteidigen ...

EU-Gipfel am 29. Juni 2012
 (© SIP / Jock Fistick)



bezahlt. Das aufgetischte Material erweckt den Anschein, rein sachlich und neutral zu sein, und wird von vielen Journalisten – aus Zeitmangel und/oder Faulheit? – kaum überprüft, was problematisch ist.

Wirklich wichtige oder gar politisch brisante Informationen (zum Beispiel über konkrete politische Verhandlungen) wird man so jedenfalls nicht erhalten. Es führt kein Weg daran vorbei, mit Leuten zu reden, die mit den jeweiligen Bereichen vertraut sind – vorausgesetzt, man verfügt über die richtigen Kontakte.

Muss man als Journalist Zeit in Brüssel verbringen, um ein Gefühl für die Feinmechanik des europäischen Apparates zu gewinnen?

M. D.: Auf jeden Fall. Und sei es nur, um eben die Kontakte zu knüpfen und zu pflegen, die einem schnell die interessanten Infos vermitteln und Hintergründe erklären können. Das kostet viel Zeit, einige Monate wenn nicht sogar Jahre. Theoretisch kann man ja problemlos von praktisch überall auf der Welt über EU-Politik berichten. Laptop, Internet-Verbindung und Handy, und schon ist man dabei. „Informationsmaterial“ ist, wie gesagt, in Hülle und Fülle verfügbar; Pressekonferenzen werden meistens online übertragen ...

Wer sich aber mit dem Üblichen nicht zufrieden geben will und auch mal die Nachricht hinter der Nachricht auftreiben möchte, kommt an einem mehr oder weniger langen Aufenthalt in Brüssel nicht vorbei. Dieses Prinzip, sich an den Ort des Geschehens, nah an die Quellen, zu begeben (und das der ame-

rikanische Journalist Bob Woodward einmal mit der Aufforderung „move your ass!“ beschrieben hat) gilt übrigens für alle Felder, über die ein Journalist zu berichten hat. Brüssel-Korrespondent bin ich zwar nicht, aber auch die Zeit, die ich dort verbringe, gibt mir den Eindruck, die EU-Maschinerie etwas besser zu verstehen. Ab und zu laufen einem schon Diplomaten, Beamte, Politiker oder Lobbyisten über den Weg, die Dinge von sich geben, die auf einer Pressekonferenz oder in einer offiziellen Stellungnahme so nie ausgesprochen bzw. formuliert werden.

Vor allem besteht vor Ort die Möglichkeit, sich mit ausländischen Journalisten, den echten Brüssel-Korrespondenten sowohl kleinerer wie auch renommierter Medien auszutauschen und zu sehen, wie sie arbeiten. Zum Beispiel welche Fragen sie stellen, was je nach Herkunftsland, Medientypus (Tageszeitung, Nachrichtenagentur, spezialisierte Presse, Rundfunk oder Fernsehen) variiert. Auffallend ist auch die Art und Weise, wie sie die Fragen stellen: Manche treten schon offensiver und selbstbewusster (in einigen Fällen überheblicher) auf als man es hier in Luxemburg normalerweise gewöhnt ist. Und doch kochen die meisten auch nur mit Wasser. Auf jeden Fall sollte man sich stets bewusst sein, auf einer Art Riesendampfer zu sitzen. Die ganze EU-Maschinerie zwingt dem einzelnen Journalisten schon eine Richtung auf, die er besser hinterfragen sollte.

Wie bekommt man als Journalist die Wechselwirkung zwischen Europa- und Innenpolitik veranschaulicht? Wie weit soll etwa ein Journalist, der auf die EU spezialisiert ist, ein Dossier auf dem Instanzenweg begleiten? Bis auf die nationale Ebene?

M. D.: Idealerweise verfolgt ein Journalist ein Dossier von A bis Z. Das gilt dann meistens auch für EU-Spezialisten, umso mehr für diejenigen, die sich auf einen bestimmten Teilbereich konzentrieren. Da ich mich selber nicht ausschließlich mit EU-Politik beschäftige, greife ich für mich interessante Dossiers oft „en cours de route“ auf, sofern ich ihre Pertinenz bzw. Brisanz erkannt zu haben glaube. Vollständig sein zu wollen, ist sowieso illusorisch. Wenn beispielsweise die Eurokrise in der Chamber diskutiert wird, interessiert das mich natürlich. Was wiederum nicht verhindert, dass ein Kollege übernimmt. Journalismus ist besonders im Rundfunk Teamarbeit, für die eine enge Koordinierung von Nutzen sein kann.

Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Ebenen lassen sich, besonders in den Radionachrichten, durch die Abfolge der Beiträge veranschaulichen. Wichtige Beschlüsse auf einem Gipfel oder in einer Eurogruppe können durchaus Aufmacher der Nachrichten sein, eventuell gefolgt von einem nationalen Beitrag, der diese Entscheidung in Perspektive setzt. EU-Politik sollte nicht reflexartig in den Auslandsteil verbannt werden.

Luxemburg galt lange als Musterschüler der europäischen Integration. Hierzulande war jeder Politiker irgendwie „für Europa“. Der Widerspruch zwischen europäischem Pathos und der Verteidigung der Interessen des Finanzplatzes wurde allerdings bis vor Kurzem kaum wahrgenommen. War die EU-Berichterstattung zu oberflächlich, zu unkritisch?

M. D.: Wie diese Berichterstattung bis vor 15-20 Jahren war, kann ich nicht beurteilen. Der Stellenwert, den EU-Politik in den letzten Jahren in Luxemburger Medien rein quantitativ hatte, ist verglichen mit dem Ausland doch bemerkenswert. Das sagt aber nichts über die Art und Weise aus, wie diese Themen behandelt wurden. Allgemein habe ich den Eindruck, dass Luxemburger Journalisten eher dazu tendieren die Regierung in Schutz zu nehmen, sich als ihre Sprecher zu sehen, wenn sie über deren Handeln in Brüssel berichten. So als hätten die Luxemburger Medien, als Teil der „Luxemburger Delegation“, die Positionen ihrer Regierung gegenüber einem ausländischen Publikum zu verteidigen ... Ihre Berichte werden allerdings nur von Lesern, Zuschauern und Zuhörern zuhause zur Kenntnis genommen, d. h. größtenteils von Wählern, die sich vermutlich einen schonungsloseren Umgang mit der Regierung wünschen.

Gleichzeitig hat sich die einheimische Presse der Mission verschrieben, „Europa den Bürgern näherzubringen“, etwas, was mich überhaupt nicht inter-

essiert. Für mich ist es wichtiger, die EU so darzustellen, wie sie ist, als wie sie sein sollte.

Dass der Widerspruch zwischen EU-Enthusiasmus und Verteidigung nationaler Wirtschaftsinteressen kaum wahrgenommen worden wäre, da bin ich mir nicht so sicher. Würde eine bessere Wahrnehmung denn zu einem Willen nach mehr Kohärenz führen, indem sich für eine der beiden Haltungen (d. h. gegen die andere) entschieden würde? Ich glaube eher, dass der nationale Konsens zwischen Politik, Wirtschaft und Medien ja gerade darin besteht, dieses Paradox zu akzeptieren. Weil eben hierin das Interesse Luxemburgs, so wie es diese Instanzen definieren, gesehen wird.

Der „pro-europäische“ Konsens scheint heute, da der Integrationsprozess die Luxemburger Nischenpolitik auf den Prüfstand stellt, unsicherer geworden. Teilen Sie diese Analyse?

M. D.: Eigentlich sehe ich nicht, wo dieser Konsens momentan am Zerbröckeln wäre. Jedenfalls nicht in der Politik. Meines Wissens klagen die meisten Parteien im Gegenteil, dass der zwischenstaatliche Aspekt sich zunehmend auf Kosten der „Gemeinschaftsmethode“ durchsetzt. Sie meinen, dass Luxemburg zu klein ist, um sich auf einen reinen machtpolitischen Kampf mit anderen Mitgliedstaaten einzulassen, und seinen Einfluss nur in einer noch integrierteren Europäischen Union geltend machen kann. Daher der ständige Aufruf zu „mehr Europa“. Dass der Finanzplatz dabei einige Nachteile einzustecken hat, wird dann wohl hingenommen werden müssen.

Gleichzeitig könnte sich in der jetzigen Phase beim Publikum wieder ein Bewusstsein für das Politische, das Konfliktuelle entwickeln, das im EU-Rausch völlig abhanden gekommen war. Jahrzehnte lang wurde hingenommen, dass eine europäische Elite die Politik bestimmt. Die Integration wurde als ein alternativloser Pfad in Richtung einer immer perfekteren Union dargestellt, als eine Art mechanischer Prozess, über den grundsätzliche Debatten zu führen als überflüssig angesehen wurde.

Ob sich die aufblühende Diskussionskultur in Luxemburg ernsthaft auch mit den Vor- und Nachteilen der EU-Mitgliedschaft beschäftigen wird, wird sich dann zeigen.

Vielen Dank für das Interview! ♦

Das Interview wurde zwischen dem 14. und dem 25. Mai 2013 via E-Mail geführt. Fragen: Bernard Thomas.

Die einheimische Presse hat sich der Mission verschrieben, „Europa den Bürgern näherzubringen“; etwas, was mich überhaupt nicht interessiert.
